

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SAB/020(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss SAB	Dienstag, 11.11.2008	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609	17:00 Uhr	18:00 Uhr

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Protokollkontrolle der Sondersitzung vom 21. Oktober 2008
- 3 Jahresabschluss 2007 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes
Vorlage: DS0454/08
- 4 Quartalsbericht zum 30. September 2008 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

stellv. Vorsitzende

Frau Eva Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Axel Gripinski

Stadtrat Martin Hoffmann

Stadtrat Eberhard Seifert

Stadträtin Claudia Szydzick

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

Beschäftigtenvertreter

Herr Jörg Richter

Geschäftsführung

Frau Ines Häntzschel

Verwaltung:

Frau Doris König

Frau Daniela Bohne

Herr Andreas Stegemann

Herr Georg-Rainer Rätze (BDO)

Abwesend

Beigeordneter Holger Platz

Herr Reinhardt Brett

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Bromberg eröffnet stellvertretend die 20. reguläre Sitzung des BA SAB in der IV. Wahlperiode und begrüßt die Stadträte, den Beschäftigtenvertreter, den Gast und die Vertreter der Verwaltung.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und mit neun Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

Entschuldigt hat sich Herr Brett.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Einladung und Tagesordnung einstimmig zu.

2. Protokollkontrolle der Sondersitzung vom 21. Oktober 2008

Frau Bromberg teilt zur Niederschrift der Sitzung vom 21.10.2008 mit, dass **Frau Petzold** um die Richtigstellung ihrer Aussage auf Seite 5 zweiter Absatz bittet und zitiert diese.

alt:

Frau Petzold (FB 02) antwortet, dass die Stadt ~~das Geld nicht aufbringen müsse. Der Städtische Abfallwirtschaftsbetrieb würde seitens der Stadt aufgefordert werden, Rückstellungen über die Abfallgebühren zu bilden.~~

neu:

„Frau Petzold (FB 02) antwortet, dass die Stadtverwaltung den Eigenbetrieb in diesem Fall beauftragen müsste die defizitären Rückstellungen in den Gebührenkalkulationen von 2009 bis 2013 zu berücksichtigen. Dieser Gebührenanteil müsste an die Kernverwaltung zur Realisierung der Rückstellungen im Kernhaushalt abgeführt werden.“

Frau Bromberg fragt die Ausschussmitglieder, ob weitere Änderungs- und Ergänzungsvorschläge erforderlich sind.

Da seitens der Ausschussmitglieder keine Änderungs- und Ergänzungsvorschläge vorgebracht werden, bittet sie um die Abstimmung der Niederschrift in geänderter Fassung.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

3. Jahresabschluss 2007 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes

Vorlage: DS0454/08

Frau König bringt kurz die Drucksache ein.

Es ist gegenüber der Planung ein Jahresverlust in Höhe von rund 8 Mio. EUR zu verzeichnen. Der geplante Jahresgewinn konnte nicht erzielt werden, da das Ergebnis durch den Sondereinfluss, Anpassung der Rückstellungen für die Deponienachsorge, geprägt ist.

Da das Rechnungsprüfungsamt festgelegt hat, dass der Wirtschaftsprüfer seine Prüfung im Ausschuss vortragen sollte, haben wir Herrn Rätze von der BDO eingeladen.

Er wird die Prüfung des Jahresabschlusses darlegen und kann fachspezifische Fragen der Ausschussmitglieder beantworten.

Herr Rätze (BDO) erläutert anhand einer Präsentation sehr ausführlich den Jahresabschluss 2007 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes einschließlich der Aussagen des Lageberichtes.

Herr Czogalla fragt, weshalb und warum eine Anpassung des Rückstellungsbetrages in Höhe von ca. 12 Mio. EUR erfolgen müsse und welche Auswirkungen es auf die Gebühren habe und erkundigt sich nach Gründen für die Sonderzuführung.

Herr Rätze (BDO) teilt mit, dass drei Ursachen eine wesentliche Rolle spielen. Erstens Änderungen umweltrechtlicher Rahmenbedingungen, zweitens die verlängerte Deponielaufzeit und drittens die allgemeinen Kostensteigerungen.

Frau König erläutert in diesem Zusammenhang, dass die Prognose der Nachsorgekosten regelmäßig durchgeführt werden muss.

Erste Schätzungen wurden 1998 vorgenommen, die im Jahresabschluss 2003 überarbeitet worden. Die erste Schätzung enthielt Aufwendungen für Investitionen sowie Betriebskosten und Nachsorgemaßnahmen ohne Preissteigerungen mit 16 Prozent Mehrwertsteuer und eine Steigerung von 3 Prozent auf den Gesamtwert.

Die Anpassung 2003 erfolgte ebenfalls durch den SAB unter Einbeziehung erster Erfahrungen mit der Deponie Cracauer Anger und Hängelsberge.

Mit dem Jahresabschluss 2006 wurde der SAB beauftragt, ein Gutachten zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfes unter Einbeziehung der Zeitabläufe, Preissteigerungen und Mehrwertsteuererhöhung zu beauftragen. Dieses Gutachten des Ingenieurbüros IWB wurde im Jahresabschluss 2007 als Sondereinfluss eingearbeitet.

Frau Szydzick äußert sich lobend zum Jahresabschluss, welcher ein gutes Ergebnis aufzeigt und dankt für die ausführliche Berichterstattung.

Weiter weist Sie auf Folie 1 Punkt 5 zur Erläuterung des Lageberichtes hin, in dem steht, dass u. a. die Übertragung der Deponie Cracauer Anger als Risiko für die zukünftige Entwicklung genannt wird und fragt, ob dieses und die anderen aufgeführten Risiken auch zukünftig weiter bestehen.

Frau König antwortet, dass die genannten Risiken auch zukünftig Beachtung finden werden.

Frau Szydzick bittet um einen kurzen Ausblick für das Jahr 2008.

Frau König informiert zum Thema Weiterbetrieb der Deponie Hängelsberge, dass derzeit im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt das Planfeststellungsverfahren bearbeitet wird.

Die Laufzeit war bis zum 08. November 2008 genehmigt. Da der Planfeststellungsbeschluss bis dahin nicht abschließend beschieden werden konnte, wurde ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt. Dieser wurde seitens des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt für sechs Monate mit Nebenbestimmungen genehmigt. U. a. muss noch ein landschaftspflegerischer Begleitplan bis zum 01. Dezember 2008 vorgelegt werden.

Ich gehe davon aus, dass die Laufzeit der Deponie bis 2023 genehmigt wird.

Auch die Mindestanlieferungsmenge des Vertrages zur thermischen Restabfallbehandlung im MHKW Rothensee wird im Jahresabschluss 2008 und in den nächsten 13 Jahren immer wieder thematisiert werden.

Die derzeitige Regelung besagt, dass die vorgegebene Mindestmengenanlieferung höchstens 10 Prozent unter der Vertragsmenge liegen darf. Mengenänderungen müssen für ein Jahr im Voraus vereinbart werden.

Mit der Übertragung der Deponie Cracauer Anger in das Sondervermögen des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes ist dieser auch für alle Genehmigungen verantwortlich.

Kürzlich wurde der Antrag auf Entlassung der Deponie Cracauer Anger in die Nachsorge gestellt. Derzeit sieht es so aus, dass zum Jahresende 2008 die Deponie Cracauer Anger für die nächsten 30 Jahre in die Nachsorge gehen kann.

Weiterhin wurde beantragt, die derzeitige temporäre Oberflächenabdeckung als endgültige Oberflächenabdichtung anzuerkennen. Sollte dies nicht genehmigt werden, ist mit hohen Kosten für ein weiteres Abdichtungssystem zu rechnen.

Damit bleibt auch die Deponie Cracauer Anger ein zukünftiger Risikofaktor.

Die Stilllegungs- und Nachsorgekosten sind bei den Gebührenkalkulationen von 2009 bis 2013 zu berücksichtigen.

Herr Czogalla fragt, ob die Mindestmengen jährlich oder monatlich erfasst werden.

Frau König sagt, dass im Moment jährlich Mengen von ca. 103.000 Tonnen anfallen.

Es ist möglich, die Menge noch bis auf ca. 96.000 Tonnen zu reduzieren.

Die Mengenentwicklung ist gemeinsam mit dem MHKW Rothensee ständig zu analysieren.

Auch MHKW Rothensee ist zur Aquise von Anlieferungen verpflichtet.

Frau Szydzick sagt, dass man doch im Prinzip angehalten ist, Müll zu minimieren.

Sie fragt, ob die Verhandlung mit den Müllmengen überschaubar ist oder ob alles über die Mengenprognose erstellt wird.

Frau König antwortet, dass die Müllmengen in der Stadt und im Landkreis Börde vorhanden sind, aber durch private Entsorger auch andere Verwertungswege genutzt werden. Dazu gehört auch die Ausnutzung von Sonderangeboten durch neue Müllverbrennungsanlagen.

Zweimal jährlich finden Beratungen zur Zweckvereinbarung mit dem Bördekreis statt, in denen über die Entwicklung und Mengenprognosen debattiert wird und bei Bedarf entsprechende Anpassungen vorgenommen werden.

Frau Bromberg fasst kurz zusammen das sie davon ausgehe, dass Anlieferungen, die vom Gewerbe aus dem Stadtgebiet und aus dem Bördekreis auf das Kontingent der Zweckvereinbarung zu berechnen sind, falls die Mindestmenge unterschritten wird.

Frau König bestätigt, dass durch das MHKW Rothensee Anlieferungen, die über den Vertrag geregelt sind aber durch Dritte als Verwertungsmenge angeliefert worden sind, der Anlieferungsmenge zugerechnet werden müssen und keine Ausgleichszahlung gefordert wird.

Frau Bromberg bittet die Ausschussmitglieder um die Abstimmung der Beschlussvorlage DS 0454/08 (Jahresabschluss 2007 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes).

Beschluss:

Der BA SAB empfiehlt dem Stadtrat in seiner Sitzung am 04. Dezember 2008 die Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2007 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

4. Quartalsbericht zum 30. September 2008 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes

Frau König erläutert kurz den Quartalsbericht des SAB zum 30.09.2008.

Bei der Darstellung der Erlöse sind gegenüber dem letzten Quartal keine gravierenden Abweichungen zu verzeichnen.

Die Umsatzerlöse für die Anlieferungen auf der Deponie liegen unter den geschätzten Einnahmen, da sich für die Firmen andere, bessere Konditionen bei der Entsorgung von Abfällen zur Verbrennung als die Entsorgung über unsere Umladestationen bieten.

Für die Altpapierentsorgung und dem Anteil der DSD GmbH erhielt der SAB in diesem Quartal Erlöse in Höhe von 889.438 EUR. Zum 01.01.2008 sind die Erlöse vom Grünen Punkt gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gekürzt worden. Die Zinserlöse sind gegenüber der Planung höher, da der Zinssatz gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist.

Bei der Bioabfallverwertung wurden in dem bestehenden Vertrag neue Regelungen zum Umgang mit den Störstoffen festgelegt. Es werden seitens des SAB dem Verwertungsbetrieb Container für die Sammlung der Störstoffe, die über einen Anteil von 10 Prozent liegen, zur Verfügung gestellt.

Diese werden vom SAB auf Abruf abgeholt und der Störstoffanteil der Verbrennung zugeführt. Der Anteil der Störstoffe ist rückläufig. Derzeit sind 15 Prozent Störstoffe im Bioabfall enthalten. Die Personalkosten entsprechen zum III. Quartal anteilig dem geplanten Entgelt.

Zum 01.04.2008 erfolgte die Erhöhung des Sockelbetrages in den Entgeltgruppen um 50,00 Euro und darauf eine Tarifierhöhung um 3,1 Prozent.

Die Personalkosten werden zum Jahresende um ca. 1 Prozent höher als geplant liegen.

Zum laufenden Geschäftsbereich führt Frau König aus, dass zurzeit die Abfallgebühren für 2009 bis 2010 kalkuliert und dabei die im Jahresabschluss 2007 ermittelten Nachsorgekosten für die Altdeponie Hängelsberge und die Nachsorgekosten für die Deponie Cracauer Anger periodengerecht eingearbeitet werden.

Auf die Frage von **Herrn Czogalla**, ab wann die neue Abfallgebührensatzung in Kraft gesetzt werde, antwortet **Frau König**, dass geplant sei, die Abfallgebührensatzung im Februar 2009 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen, damit sie zum 01.04.2009 in Kraft treten kann.

Frau Szydzick fragt, ob sich in den Rechts- und Beratungskosten sowie den Gutachterkosten auch die anfallenden Kosten für den Rechtsstreit ARGE Deponie geplant sind.

Frau König bestätigt dies.

Der BA SAB nimmt den Quartalsbericht des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes zum 30. September 2008 zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

Herr Czogalla erkundigt sich nach dem derzeitigen Stand bei der Entsorgung der Wertstofftonnen durch die Firma PAPE GmbH.

Frau König informiert über eine bestehende Abstimmungsvereinbarung mit der DSD. Diese läuft zum 31.12.2009 aus. Derzeit bereitet die DSD eine Ausschreibung für die Abstimmungsvereinbarung 2010 bis 2012 vor. Dazu benötigt sie die beschlossene neue Abstimmungsvereinbarung mit den vorgesehenen Änderungen als Grundlage der Leistungsbeschreibung. Seitens der Stadt könne jedoch kein Einfluss genommen werden, welche Firma den Zuschlag erhalten wird. Der Städtische Abfallwirtschaftsbetrieb wird sich nicht an der Ausschreibung beteiligen.

Der SAB befindet sich im regelmäßigen Kontakt mit der Firma PAPE GmbH zwecks Klärung anfallender Probleme.

Frau König teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass am 09.12.2008, 17:00 Uhr, eine Sondersitzung zum Thema Beauftragung eines Nachtrages für die temporäre Oberflächenabdeckung Altdeponie Hängelsberge – 3. Bauabschnitt vorgesehen ist.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Termin für die geplante Sondersitzung am 09.12.2008, 17:00 Uhr, zu.

gez. Eva Bromberg
stellv. Vorsitzende

gez. Ines Häntzschel
Schriftführerin

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.